

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/104

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 2

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. ...

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 1. September 1994 über **Krebs-erkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln"**: >>**Rentenansturm bei Wismut**

... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.

HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.

Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**

Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...

Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.

Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbrin-

gen könnte.<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/-CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...

Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit

Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaut zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.

Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens. Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.

Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. Leute, die man sich politisch warmhalten mußte, kamen so ebenfalls in den Genuß von "Bimbos" (pfälzisch für "Geld"). Das Problem: einen Rechtsgrund für solche Zahlungen gab es natürlich in der Regel nicht, sie konnten also auch in den offiziellen Abrechnungen nicht aufscheinen, ohne daß dies unbequeme Rückfragen ausgelöst hätte.

Kohls Vertrauter Hans Terlinden, zuständiger Hauptabteilungsleiter Verwaltung im Konrad-Adenauer-Haus, dem Hauptquartier der CDU, sammelte die Spendengelder. Er ist inzwischen vom Dienst fristlos suspendiert. Terlinden übergab die Summen an CDU-Spendenanwalt Horst Weyrauch, der als Kohls Treuhänder fungierte.

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat.

Merkwürdig: Bereits kurz nach dem Leuna-Vertragsabschluß kassierte Staatssekretärin Agnes Hürland (CDU) 500.000 Mark "Beraterhonorar" von der am Leuna-Projekt beteiligten Thyssen-Tochter TRT. Bis jetzt schweigt Frau Hürland. Inzwischen ist klar: Sie wurde von einem

bestechlichen Thyssen-Mitarbeiter engagiert, der seinerseits wiederum die Hälfte des ausbezahlten Honorars als Provision zurückerhielt.

Ungetreue Firmenmitarbeiter auch bei der französischen Elf-Aquitaine: Insgesamt vier Milliarden Francs (über eine Milliarde Mark) soll Ex-Elf-Chef Loik Le Floch-Prigent durch Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beiseite geschafft haben, vielleicht noch mehr. Die Zahlungen wegen Leuna sind davon nur ein kleiner Teil. Der Ex-Auslandschef von Elf, Alfred Sirven, ist untergetaucht. Auch der frühere französische Außenminister Roland Dumas soll an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zu den Begünstigten gehörten französische Politiker von links bis rechts, ein Sohn des Ex-Präsidenten Mitterrand ebenso wie die linksradikale Organisation SOS-Racisme, der Mitterrands Frau Danielle nahestand.

Ausbezahlt wurden die Gelder über das Genfer Konto der Ölfirma. Von diesem Konto flossen auch 256 Millionen Francs (etwa 75 Mio. Mark) an deutsche Konten im Rahmen der Leuna-Transaktion, unter anderem an zwei nichtgenannte, Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre, wie die linke französische Tageszeitung "Libération" berichtet. Der eine ist Holger-Ludwig Pfahls, er wird seit August 1999 per internationalem Haftbefehl gesucht. Die andere soll laut "Berliner Zeitung" Agnes Hürland sein.

Noch merkwürdiger: über denselben Genfer Konteninhaber, Dieter Holzer, liefen auch andere Zahlungen, die etwa im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre um die Spürpanzer-Lieferungen an Saudi-Arabien stehen. Drahtzieher hier: Ex-Staatssekretär Pfahls.

Beobachter blicken inzwischen kaum noch durch, doch das, was sie zu sehen bekommen, läßt sie schwindlig werden. Die Frage, die Helmut Kohl wird beantworten müssen, ist: Sind Gelder aus der Affäre um Elf-Aquitaine und aus der Panzer-Affäre an CDU-Kassen geflossen oder nicht? Alles andere ist zweitrangig.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Februar 2000: >>>**Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik**

Homogenität wurde nur suggeriert

Ende des vergangenen Jahres löste ein Artikel auf der ersten Seite der Welt merkwürdige Reaktionen aus. In dem Beitrag - prominent plaziert - wurde die Auffassung vertreten, daß es in der Bevölkerung wegen der Entschädigungszahlungen für jüdische Zwangsarbeiter eine wachsende antisemitische Stimmung gebe. Auch der Hauptkommentar in der Ausgabe setzte sich mit dieser Möglichkeit und ihren bedenklichen Folgen auseinander. Daraufhin erschien in der FAZ wenige Tage später ein kaum kaschierter Angriff auf den Verfasser des eingangs erwähnten Textes, verbunden mit dem Vorwurf, er transportiere selbst antisemitische Affekte, indem er einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und dem tatsächlichen Verhalten von Juden herstelle. Antisemitismus sei aber nur ein "Vorurteil", d.h., er habe mit dem wirklich existierenden Judentum in keinem Fall zu tun.

Die Angelegenheit zog weitere Kreise nach sich in Gestalt eines Zeit-Artikels und anschließender Versuche der Welt, die ganze Sache irgendwie ungeschehen zu machen. Das war schon alles, und sicherlich wird das Ganze überhaupt nur einer kleinen Zahl von Lesern aufgefallen sein. Was sich hier abspielte, weist aber gewisse Berührungspunkte mit einem schon fast vierzig Jahre zurückliegenden Vorgang auf, nämlich der gescheiterten Berufung Golo Manns auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Frankfurt.

Mann hat später öffentlich gemacht, daß es Max Horkheimer war, der 1963 seine Ernennung verhinderte, indem er ihn - Mann - als "heimlichen Antisemiten" denunzierte und die Berufung seines Schülers Irving Fetscher durchsetzte. Horkheimer und Mann kannten sich aus der Zeit des amerikanischen Exils, beide hatten in den fünfziger Jahren sporadisch zusammengearbeitet, ohne doch in engeren Kontakt zu kommen. Dann war die Stelle in Frankfurt vakant. Das Kultusministerium bat Horkheimer um eine Stellungnahme, und der reagierte mit der disqualifizierenden Feststellung.

Ausschlaggebend war ein Vortrag Manns über die historischen Ursachen des Antisemitismus gewesen. Darin hatte er die Tatsache erwähnt, daß der atemberaubende soziale Aufstieg eines Teils der europäischen Juden im 19. Jahrhundert ebenso wie die kulturelle Fremdartigkeit der aus dem Osten zuwandernden Juden dazu beigetragen habe, judenfeindliche, dann mit den modernen Rassenvorstellungen zum Antisemitismus verknüpfte Ideologien zu schaffen, die dem Nationalsozialismus vorarbeiteten. Genau diese Interpretation - immerhin im jüdischen Ner-Tamid-Verlag veröffentlicht - wurde jetzt als krypto-antisemitisch identifiziert und führte zu der ablehnenden Haltung Horkheimers und des eng mit ihm zusammenwirkenden American Jewish Committee (AJC), der die offiziellen Stellen folgten.

Obwohl zwischen den geschilderten Vorgängen ein großer Zeitraum liegt und der Grad der Dramatik sehr unterschiedlich war, ist die Analogie offensichtlich: Hier wie dort wirkte die Tabuisierung einer bestimmten Wortwahl und einer bestimmten Argumentationsweise und führte zur Ausgrenzung derjenigen, die die Sprachregel bewußt oder in Unkenntnis verletzt hatten. Die Setzung von Tabu und Regel sind Beispiele für die Art und Weise, in der die Frankfurter Schule ihren Einfluß auf das geistige Leben der Bundesrepublik erfolgreich etablieren konnte. Diese knappe Formulierung erweckt allerdings die Vorstellung von einer strategischen Kompetenz der Frankfurter Schule, die den Tatsachen kaum entspricht.

In den Beiträgen des unlängst von Clemens Albrecht herausgegebenen und in wesentlichen Teilen auch verfaßten Sammelbandes "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" wird gerade deutlich, daß der Begriff "Frankfurter Schule", der ja Homogenität im Denken und Agieren der aus der Emigration zurückgekehrten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung (IfS) suggeriert, so niemals vorhanden war, weshalb die Bezeichnung auch erst von außen auf die Gruppe von Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Politologen angewendet wurde, die sich um Horkheimer und Theodor W. Adorno und das in Frankfurt wieder gegründete IfS gebildet hatte.

Umgekehrt soll aber die "Wirkungsgeschichte" der Frankfurter auch nicht heruntergespielt werden, wie es gerade in sympathisierenden Darstellungen geschieht. Es erscheint vielmehr als Leitmotiv der verschiedenen Aufsätze, daß die "Kritische Theorie" als "Hintergrundsideo-logie der zweiten deutschen Republik" (Clemens Albrecht) betrachtet und ernst genommen werden muß. Als sich Horkheimer und Adorno nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zur Rückkehr in das zerstörte Deutschland entschlossen, geschah das mit der Absicht, die in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten fortzusetzen.

Allerdings hatten sich beider Fragestellungen und Ansichten unter dem Eindruck der Erfahrungen in den USA und der dramatischen politischen Veränderungen der dreißiger und vierziger Jahre gewandelt. Am deutlichsten wies die Teilnahme von Mitarbeitern des IfS an Plänen zur "Umerziehung" der Deutschen auf das zukünftige Tätigkeitsfeld der "Frankfurter" hin: die soziologisch gestützte Analyse und - falls notwendig - die volkspädagogische Korrektur gesellschaftlicher Entwicklungen.

Wer kam als politischer Partner für dieses anspruchsvolle Programm in Betracht? Noch bis zum Beginn der vierziger Jahre erwarteten Horkheimer und Adorno das Heil von der Arbeiterklasse. Aber das war lange vorbei, und Horkheimer hatte jedenfalls allen auf die Linke gesetzten Hoffnungen abgeschworen. Dementsprechend gab es für ihn auch gar keine Vorbehalte gegen die Kooperation mit der Regierung Adenauer, er unterstützte sie sogar praktisch bei Vorbereitungen für den Aufbau einer "neuen Wehrmacht".

Das IfS hatte Teil an jenem "antitotalitären Konsens", der gleichermaßen gegen die bestehende kommunistische Gefährdung wie gegen das Wiederaufflammen des Nationalsozialismus gerichtet war. Verständlicherweise beobachtete man aber mit besonderer Sensibilität alle Entwicklungen auf der radikalen Rechten und reagierte alarmiert, als es 1959 zuerst an der Kölner Synagoge und dann in vielen westdeutschen Städten zu Hakenkreuzschmierereien

kam. Während Adenauer rasch - und wie man im nachhinein weiß: zutreffend - den Hintergrund des Kölner Vorfalls in Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes identifizierte, glaubten Horkheimer und Adorno an ein Menetekel.

Die Bundesregierung hatte keinen Erfolg mit ihren Beschwichtigungsversuchen und kam nicht umhin, die internationale Empörung dadurch zu dämpfen, daß sie die Anstrengungen im Hinblick auf die politische Bildungsarbeit noch intensivierte und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen besonderen Stellenwert einräumte. Dabei griffen die zuständigen Stellen in Bonn auf die Zusammenarbeit mit den "Frankfurtern" zurück. Horkheimer wurde Mitglied in einer "Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung". Das war ein wichtiges Element in dem schon seit den fünfziger Jahren von Frankfurt aus aufgebauten Netzwerk, dessen Funktionsweise vor allem durch zwei Beiträge von Günter C. Behrmann in dem vorliegenden Band beleuchtet wird.

Intensive Kooperation verband nicht allein das IfS mit Professoren und Universitäten, sondern wirkte bis in die Einrichtungen der Lehrerbildung und die Schulbuchlektorate. Von Stellungnahmen zu Lehrplänen und Unterrichtswerken bis zu direkter Einflußnahme auf die Zusammensetzung und Ausrichtung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen oder die Gestaltung der "edition suhrkamp" reichten dabei die Projekte.

Horkheimer geriet allerdings in den sechziger Jahren immer stärker ins Hintertreffen gegenüber Adorno, der mit sehr viel weniger Vorbehalt dem Linkskurs des Instituts und damit der Rückwendung zum Marxismus folgte, die Jürgen Habermas favorisierte, der schon zur zweiten Generation der "Frankfurter" in der Bundesrepublik gehörte, und die dann von dem in den USA zurückgebliebenen Mitglied des IfS, Herbert Marcuse, weiter radikalisiert wurde. Der Entfremdung von Adorno und der düsteren Stimmung, in der Horkheimer seine letzten Lebensjahre zubrachte, entsprach die bedenkliche gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik: das wichtigste Ziel war verfehlt worden, nämlich die Gesellschaft gegen die totalitäre Versuchung zu feien.

Gerade die Jugend, der die Protagonisten der Frankfurter Schule nach dem Abschied vom Proletariat zugetraut hatten, den "Verblendungszusammenhang" zu zerstören, wandte sich jetzt einem "linken Faschismus" (Habermas) zu.

Es wird leider in dem hier vorgestellten Band nicht erläutert, ob Horkheimer in all dem auch eine Bestätigung seiner frühen Sorge gesehen hat, daß jede Singularisierung der deutschen "Vergangenheitsbewältigung" langfristig verheerende Folgen für die kollektive Psyche haben müsse. Er plädierte gegen Adorno dafür, die Massenverbrechen des NS-Regimes in die universale Leidensgeschichte der Menschheit einzurücken und den "Narzißmus" der Deutschen zu schonen.

Der wachsende und bis heute spürbare Einfluß der Frankfurter Schule auf das geistige Leben der Bundesrepublik wird im Grunde nur verständlich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit: der Desorientierung der Bevölkerung, den Erziehungsplänen der Alliierten einerseits, der neuen Intelligenz andererseits, dem Wunsch nach moralischer Rehabilitierung vor allem in der jüngeren Generation und einem gleichzeitig fortbestehenden Schuldbewußtsein, das man nur in metaphysischen Kategorien fassen kann.

Diese Voraussetzungen allein erklären den Erfolg der Frankfurter Schule aber nicht, der hängt auch damit zusammen, daß die "Formation einer neuen Elite" (Albrecht) schon in den fünfziger Jahren nicht mehr durch die Bildung einer akademischen "Schule" im traditionellen Sinn möglich war, sondern nur durch die Schaffung eines "Lagers", das sich zur Verbreitung seiner Anschauungen der modernsten Methoden, das heißt der Massenmedien, bediente.

Wie weit der Einfluß eines solchen Lagers reicht, ist nur schwer meßbar, eine Auflistung der Namen derer, die in der einen oder anderen Weise Kontakt zu den "Frankfurtern" oder zu von ihnen beeinflussten Institutionen hatten, kann sicher nicht ausreichen, zumal man so unter-

schiedliche wie Ludwig von Friedeburg, Dagobert Lindlau, Hans Süssmuth und Wolfgang Bergsdorf nebeneinander stellen müßte.

Vielleicht ist aber der öffentliche Umgang mit dem Buch ein Indikator für die Richtigkeit der in ihm enthaltenen Behauptung von der "intellektuellen Staatsgründung" in den sechziger und siebziger Jahren samt Etablierung der "Kritischen Theorie":

Seit dem vergangenen Sommer schwirrten Gerüchte, daß zur Buchmesse ein Band über die Frankfurter Schule erscheinen werde, dem man en détail die Praktiken entnehmen könne, mittels derer die Gruppe um Horkheimer, Adorno und später Habermas in der Bundesrepublik die intellektuelle Macht übernommen habe. Dann erschienen die ersten Rezensionen, und der geneigte Leser war irritiert, irritiert über die völlig nichtssagenden Besprechungen. Wie heißt es im "Glossarium": "Elite sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt", falls es doch jemand versucht, wird die Taktlosigkeit mit Schweigen übergangen.

Clemens Albrecht / Günter C. Behrmann / Michael Bock: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Campus: Frankfurt am Main/New York 1999 ... <<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin (in Hamburg geboren) steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin.

Mit Schäubles Ankündigung, sich aus der politischen Führungsebene zurückzuziehen, schlug Frau Merkels eigentliche Stunde. Beim Bemühen, den Chefsessel zu übernehmen, kam ihr nicht nur das eigene Geschick zugute: Auch die vehementen Ausfälle der bayerischen Schwesterpartei CSU, die vor einem Linksruck durch Merkel warnte, sorgten für Solidarisierungseffekte. Ihr eigentlicher Widersacher Volker Rühe war nicht besonders ernst zu nehmen, er verfügte in der Partei kaum über Rückhalt, und sein eigener Landesverband Hamburg sprach sich als erster für Frau Merkel aus.

Auf einem Geheimgespräch im Lübecker Rathauskeller kurz vor der schleswig-holsteinischen

Landtagswahl waren sich CSU-Chef Edmund Stoiber, Schäuble und Rühe schnell einig, daß Rühe keine Chance hätte, die parteiinterne Auseinandersetzung zu gewinnen. Wenige Tage später teilte Rühe seinen Verzicht mit. Doch die Herrenrunde fand keine Alternative. Die in Frage kommenden Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (Thüringen) und Kurt Biedenkopf (Sachsen) wollen nicht in einen personellen Wettbewerb gehen. Da Frau Merkel intern jedoch auf einer Kandidatur beharrt, will niemand gegen sie antreten. Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000: >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht.

Papier ist ja bekanntlich geduldig. Fischer liefert mit seinen Äußerungen ein weiteres beredtes Beispiel für seine habituelle Charakter- und Prinzipienlosigkeit, die der Journalist Christian Schmidt in seinem Buch "Wir sind die Wahnsinnigen" bis heute unübertroffen nachgezeichnet hat. Bezeichnenderweise erhielt Fischer für seine Verheugen-Belehrung von Frankreichs Außenminister Hubert Vedrine Beifall.

Dessen Antwort auf Verheugen sei, so Vedrine, "exzellent" gewesen. Außenminister Fischer steht mit seinem Unwillen, die Deutschen selber über zentrale Fragen der Politik entscheiden zu lassen, beileibe nicht allein da. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, der Weizsäcker-Zögling Friedbert Pflüger (CDU). Er bemüht die angeblich "schlimmen Erfahrungen der Weimarer Republik", die dagegen sprächen, auf "Bundesebene Volksentscheide durchzuführen". Darüber hinaus sieht er "negative Folgen" am Horizont aufziehen, würde es den Deutschen ermöglicht, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen: Womöglich könnte es, so Pflüger, Abstimmungen über die Todesstrafe oder über die Zahl der Asylbewerber geben.

In der Tat: Wenn den Deutschen erlaubt würde, demnächst über die Zahl der Asylbewerber abzustimmen, dann könnte Deutschland in eine Richtung "driften", die soignierte Bedenkenträger vom Schlage eines Friedbert Pflüger fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Um diese Möglichkeit erst gar nicht diskutabel erscheinen zu lassen, schreckt Pflüger auch vor offensichtlichen Unwahrheiten nicht zurück. Getreu dem Motto: In einem "geschichtslosen Land" gewinnt derjenige die Zukunft, der "die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet" (Michael Stürmer). Die Deutungen von Pflüger und Fischer sind offensichtliche Geschichtsklitterungen, die nur einem Zweck dienen: den Souverän, das Volk, weiter unmündig zu halten.

Die Geschichtslegende von den angeblich "schlimmen Erfahrungen" der Weimarer Republik mit Volksbegehren stammt von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten. Dieser warnte als Mitglied des Parlamentarischen Rates davor, "die künftige Demokratie mit dieser Geschichte zu belasten". Das Volksbegehren sei "in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung

in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen".

Tatsächlich gab es in der Weimarer Republik nur zwei Volksbegehren. Beide, das eine das Thema "Fürstenenteignung", das andere den Young-Plan betreffend, fanden nicht die erforderliche Zustimmung. Zum Scheitern der Weimarer Republik trug also der Volksentscheid nichts bei. Deshalb konnte der Berliner Staatsrechtler Christian Pestalozza in seinem Buch "Der Popularvorbehalt" (1981) feststellen: "Weimar ist, wenn wir einen Verantwortlichen in der Rechtsordnung suchen, sicher eher am Parlamentarismus zerbrochen als an der direkten Demokratie. Hat uns das gehindert, wieder mit dem parlamentarischen System anzufangen? Zu Recht nicht."

Es waren also die Volksvertreter, die mit ihrer Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" die Diktatur legalisierten. Zu denen, die Hitler ihre Stimme gaben, gehörte im übrigen auch Theodor Heuss. Daß Diese "Erfahrung" von Weimar nicht in das Bild eines Friedbert Pflüger oder Joschka Fischer paßt, versteht sich von selbst.

Wenn Außenminister Fischer behauptet, eine Volksbefragung sei in der deutschen Verfassung "nicht vorgesehen", dann kennt er offensichtlich nicht den Inhalt von Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz, in dem davon die Rede ist, daß die Staatsgewalt vom Volke "in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe ... ausgeübt wird". Dieser Artikel besagt also, daß das Prinzip der Volkssouveränität auf dreifache Art und Weise ausgeübt wird: einmal mittels "Wahlen", zum zweiten mittels "Abstimmungen" und zum dritten durch "besondere Organe". Das Demokratieprinzip kennt also zwei Erscheinungsformen: die repräsentative und die direktdemokratische.

Das Grundgesetz legt also vor dem Hintergrund der Idee der Volkssouveränität die Fundamente gleichwertig für beide Formen des demokratischen Prinzips. Die in Wahlen ausgeübte Staatsgewalt konstituiert die "besonderen Organe" des repräsentativen Systems; in Abstimmungen übt das Volk die Staatsgewalt auf dem direkt-demokratischen Weg aus.

Insbesondere die Grünen hatten sich in ihrer Anfangszeit diese Sicht der Dinge zu eigen gemacht, was zum Beispiel deren Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung im Zusammenhang mit der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 zeigt. Der entsprechende Gesetzentwurf der Grünen wurde am 11. November 1983 im Bundestag debattiert. Der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) erklärte, der Gesetzentwurf sei "verfassungswidrig". Das Grundgesetz "gehe vom Prinzip der repräsentativen Demokratie aus". Es sei "ausgesprochen antiplebiszitär" ausgestaltet.

Genau diese Auffassung vertritt Fischer heute. Und schon gar nicht wird Fischer, ganz "europäischer Staatsmann", dem Demokratieverständnis seines ehemaligen Fraktionskollegen Gerald Häfner folgen können, der im Mai 1988 im Bundestag zu Protokoll gab: "Demokratie heißt, daß nicht mehr einzelne oder Gruppen dekretieren, was geschehen soll, sondern daß das Volk selber in allen wesentlichen Fragen - jedenfalls der Möglichkeit nach - entscheiden kann."

Die staatsrechtliche Konstitution der deutschen Republik bedeutet nach dem SPD-Politiker und Völkerrechtler Carlo Schmid (2. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 8. Sept. 1948) das "Ins-Leben-Treten des Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen". Nichts liegt den Politikern in Berlin ferner, die vorgeben, im deutschen Namen Politik zu machen. Deshalb greift es nicht zu weit, wenn man mit dem Verwaltungswissenschaftler Hans-Herbert von Arnim feststellt: Das Dilemma der deutschen Demokratie besteht darin, daß sie keine ist.<<

Die deutsche Sonntagszeitung "Welt am Sonntag" berichtete am 28. Oktober 2001: >>**Man spricht deutsch**

Ein Land ohne Selbstbewußtsein und geistige Strahlkraft muß sich nicht wundern, wenn seine Sprache im Ausland an Geltung verliert, schreibt Gert Ueding, Deutschlands einziger Rhetor-

rik-Professor

Von Gert Ueding

Deutsch für Ausländer? "Das Deutsche ist eine herrliche Sprache für Poesie, ... aber sehr prosaisch in der Unterhaltung", meinte vor fast zweihundert Jahren Madame de Staël in ihrem berühmten Buch "Über Deutschland" und fügte sogar noch hinzu, daß auch diese Prosa sich mehr an der Schriftsprache als am mündlichen Gebrauch orientiere.

Darin sah sie einen Hauptgrund für das mangelnde Interesse ihrer Landsleute und der meisten Ausländer an der deutschen Sprache: eine vielleicht immer noch höchst aktuelle, jedenfalls bedenkenswerte Diagnose, wenn heute allenthalben vom "schwindenden Interesse an der deutschen Sprache im Ausland" die Rede ist - so etwa vor wenigen Wochen auf dem Erlanger Germanistentag oder in den Rechenschaftsberichten der Goethe-Institute.

Denn Ziel und Methodik der Fremdsprachendidaktik haben sich in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa stark verändert. Nicht mehr die Literatur ist das wichtigste Übungsfeld und Beispiel, sondern die gesprochene Sprache; der Schüler soll nicht mehr befähigt werden, Balzac oder Proust, Shakespeare oder Faulkner im Original zu lesen und zu verstehen, er soll sich im Alltag des jeweiligen Landes orientieren, dort eine Unterhaltung und möglicherweise fachliche Diskussion bestreiten oder seine beruflichen Interessen wahrnehmen können.

Sehr geschmeidig ist die deutsche Sprache für dergleichen Absichten nicht, auch bietet sie keine Schwundstufe für die alltägliche Verständigung wie das Englische. Daß im Zeichen der neuen Medien und unter dem Schlagwort der Globalisierung der Sprachunterricht nochmals auf die unmittelbaren Zwecke alltäglicher Nützlichkeit verkürzt wird, läßt sich schon an den Berichten ablesen, die die Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Goethe-Institute füllen. Deren Kampf ums Überleben eröffnet ein weiteres trübes Kapitel der deutschen Sprachpolitik im Ausland, nachdem man hier zu Lande offenbar mehr und mehr davon überzeugt ist, daß die Deutschland-Werbung von den Werbeagenturen wirksamer betrieben wird als von den Sprachlehrern oder gar jenen Schriftstellern, die man auf schlecht besuchte Lesereisen durch die Welt schickt.

Das ist gar nicht einmal falsch, denkt man, wie wir es längst eingeübt haben, nur noch in Quoten. Doch läßt sich der Weg zum Wissen auch beim Spracherwerb nicht beliebig kürzen, und haltbare Überzeugungen vermittelt keine Sprache, die schnell für den täglichen Umgang eingepaukt wird.

Der nahezu universale Siegeszug des Englischen wird gewöhnlich als wichtigste Ursache für die mangelnde Attraktivität anderer europäischer Sprachen genannt. Das leuchtet auf den ersten, aber auch nur auf den ersten Blick ein. Gewiß übertrifft die Verbreitung des Englischen diejenige aller anderen europäischen Sprachen, gewiß hat es sich in vielen, gerade den heute dominierenden Wissenschaften und ihren Techniken durchgesetzt, und ohne Zweifel kommt man mit ihm auch als Reisender am weitesten - und sei es mit Hilfe des Pidgin-Englisch bis zu den fernsten Rändern des alten Kolonialreiches.

Die reale ökonomische und politische Macht erhöht die Attraktivität einer Sprache, das ist eine Binsenweisheit, doch macht sie den Rückfall des Deutschen gerade in der Konkurrenz um den zweiten Platz im Fremdsprachenerwerb nicht etwa verständlicher. In Europa ist der deutsche Sprachraum der größte, noch vor dem französischen oder gar spanischen und italienischen, und die Wirtschaftsmacht, die das Deutsche repräsentieren könnte, steht in der Europäischen Union an der Spitze. Dennoch wählen immer mehr Franzosen statt des Deutschen als zweite Fremdsprache das Spanische, sinkt der Anteil der Deutsch sprechenden Ausländer in Osteuropa rapide und gelingt es nur mit massiven politischen Interventionen, die Rechte des Deutschen als Konferenzsprache der EU wenigstens einigermaßen zu wahren.

Sogar auf dem (gemeinsam beschlossenen) Papier rangiert Deutsch nach Englisch und Französisch erst an dritter Stelle, ist in der Realität aber noch sehr viel weiter abgeschlagen: Allen-

falls ein Prozent der EU-Dokumente ist auf Deutsch abgefaßt, es gibt deutsche Beamte und Mitarbeiter in Brüssel, die das Englische, manchmal gar das Französische besser beherrschen als ihre Muttersprache, und deren Gebrauch sie daher, wo immer es geht, vermeiden.

Der Vorschlag, sie vom Dienst zu suspendieren, greift zu kurz, denn tatsächlich verwirklichen sie nichts anderes als die Richtlinien der deutschen Sprachpolitik, deren grenzenlose Anbielerlust bis zur Selbstaufgabe reicht. Auch hängt die Anziehungskraft einer Sprache noch von einer Fülle weiterer Faktoren ab, von denen übrigens die touristische Attraktivität des Landes nicht der unwichtigste ist. Frankreich steht unter den Reiseländern an der Spitze, und das ist nicht allein Folge begünstigter geographischer und klimatischer Verhältnisse.

Das Selbstbewußtsein, mit dem es sich als Spitzenprodukt der kulturellen und politischen Geschichte Europas präsentiert, gründet die Speisekarte jedes auch nur einigermaßen belangvollen Restaurants, leuchtet aus den feudalen Hochburgen an der Loire ebenso wie aus den Denkmälern der Großen Revolution und ist in den Sälen des Louvre genauso gegenwärtig wie in den Cafés im Quartier Latin. Man vergleiche dagegen das klein karierte Gerangel um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, das schlechte Gewissen, das sich am Nürnberger Nationalmuseum entzündet, die mediokre Verlegenheit, mit der die Bedeutung Weimars für die europäische Kultur auf eine Provinzattraktion heruntergeschraubt wird.

"Die Sprache spricht", hat Heidegger (in anderem Zusammenhang) gesagt, und jede Sprache spricht in höchst einmaliger, durch kein anderes Idiom zu ersetzender Weise aus, wie ein Volk seine Welt und die Natur vermenschlicht hat. Es gibt keinen besseren, keinen wirkungsvolleren Botschafter eines Landes als seine Sprache, wer sie aufgibt, verzichtet auf Wahrnehmung und Wirkung, die einzigen Werte jenseits des Geldes, die zählen und keinen Börsenschwankungen ausgeliefert sind.

Madame de Staël empfahl ihren französischen Lesern Deutsch als die Sprache Goethes und Schillers, Schlegels und Tiecks; in Rußland lernte man Deutsch, um E. T. A. Hoffmann, Brentano, Heinrich Heine im Original lesen zu können; und in Italien wollte man sich einst ohne den Umweg der Übersetzung von Kant, Hegel, Schopenhauer inspirieren lassen. Doch hat die geistige Kultur Deutschlands an Glanz und Bedeutung verloren. In ihr wird nichts Weltbewegendes mehr verhandelt, ihre Themen sind bloß von regionalem Interesse, und was sie an individualistischen Flausen hervorbringt, ist einen Tag später schon vergessen.

Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines niveaulosen Gezeters, mit dem deutsche Schriftsteller die Feuilletons und Fernsehrunden überziehen, sich buchstäblich als "Gewissen der Nation" aufspielen und doch nur dem saturierten Mittelmaß der kleinbürgerlichen Mehrheit ein gutes Gewissen und die geistige Bestätigung liefern. Dies auch in einem Stil, in dem der platte Gemeinplatz und ideologischer Schematismus vorherrschen.

Da spricht ein Modephilosoph vom "Rückfall in die Kategorien (!) des Kalten Krieges", und ein Literaturnobelpreisträger sieht auch bei uns "zahllose (!) Menschen in Abschiebeanstalten in Haft", warnt aber seinen politischen Gegner: "Er soll seine Worte hüten." Das alles sind gesinnungstüchtige Übungen der notorischen Rechthaber gegen die ebenso notorischen Unrechthaber; eine intellektuelle Debatte von Niveau und in geschliffener, unverbrauchter Sprache, wie sie einst französische Intellektuelle angesichts des Algerienkriegs führten, wird man vergebens suchen. Dergleichen Denkart und Sprachverramsung schreckt ab, daß daraus auch keine künstlerischen Impulse kommen können, liegt auf der Hand. Die Zentren der Literatur, Malerei, Philosophie oder Musik befinden sich in Paris und Buenos Aires, New York und Mailand, London und Amsterdam.

Hinzu kommt noch ein Grund, den wiederum Madame de Staël schon nannte, nämlich der typisch deutsche "Mangel an Vorurteilen zu ihren (also der Deutschen) Gunsten". Wie soll man andere von der Schönheit, dem Reichtum, der welterschließenden Kraft der eigenen Sprache überzeugen, wenn man selber daran zweifelt? Goethes Faust drängte es, die Bibel "in

mein geliebtes Deutsch zu übertragen", und mehr als eineinhalb Jahrhunderte, bis zur Reichsgründung 1870, galt wenigstens den deutschen Intellektuellen der Sprachpatriotismus als das sicherste Unterpfand der ersehnten staatlichen Einheit.

Davon ist nichts geblieben. Noch nie haben Schriftsteller so schludrig geschrieben, haben Politiker seichter und ungeschliffener geredet, ist die deutsche Sprache an deutschen Schulen mehr vernachlässigt worden als heute - von der Sprache in Werbung und Massenmedien ganz zu schweigen. Nur die Franzosen kämpfen noch gegen den Sprachimperialismus des Englischen, ihr Stolz auf die eigene Sprach- und Rede-Kultur ist ungebrochen und ihre europäische Sprachpolitik hartnäckig und kompromißlos.

Sollen sie mit dem Deutschen eine Sprache lernen, die sich selber schon aufgegeben hat und die man in Deutschland nicht einmal den Immigranten so recht zumuten will? Beinahe überall in Europa hat sich zudem eine Entlastungs-Pädagogik durchgesetzt, die die Wege des geringsten Widerstands kultiviert und eine Höchstzahl an Schulabsolventen mit allgemeiner Nivellierung ihrer Bildung erkaufte. Daher zum Beispiel die Attraktivität des Spanischen an deutschen und französischen Schulen. Denn die deutsche Sprache ist schwierig, Schwieriges aber hat man längst gelernt zu vermeiden. Immerhin, an den französischen Eliteschulen gilt es noch als Auszeichnung, des Deutschen mächtig zu sein, und philosophische Kongresse in Italien verzeichnen immer wieder das Deutsche als Konferenzsprache.

Wie rührend und verräterisch wirkt daneben der Appell deutscher Wissenschaftler, auf Tagungen im Lande "neben Englisch immer auch (!) Deutsch" vorzusehen! Seit ihrem 50-jährigen Jubiläum firmieren die Goethe-Institute mit dem Zusatz "Inter nationes" - die Anglisierung der lateinischen Phrase wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die Germanisten schließlich, die sich jetzt so beredt über die mangelnde Akzeptanz des Deutschen im Ausland beklagen und dafür alle anderen verantwortlich machen, sind selber Teil der Misere. Denn diese Wissenschaft von der deutschen Literatur und Sprache ist zwar allen intellektuellen Moden hinterhergerannt, hat sich in unendlichen Methodendiskussionen verstrickt und ganze Halden belangloser Sekundärliteratur produziert, doch zur Kultivierung des Deutschen in Rede und Schrift seit beinahe 50 Jahren nichts mehr beigetragen.

Als es galt, die deutsche Sprache gegen ihre verschlimmbessernden Reformer zu verteidigen, befanden sich die Germanisten entweder sowieso auf der falschen Seite oder sie arbeiteten längst am Umbau ihrer Disziplin in eine strömungsgünstige Medienwissenschaft, um ja nicht den Anschluß an den Fortschritt zu verpassen. So regte sich natürlich auch kein Protest, als die ersten Hochschulen in Deutschland gegründet wurden, an denen das Englische die allgemeine Lehr- und Lernsprache ist. Daß damit eine empiristische, pragmatische Denk- und Forschungsorientierung sprach-naturgemäß verbunden ist, bleibt den von Kant, Hegel und allen sonstigen guten Geistern längst verlassenen Wissenschaftsfunktionären verborgen.

Warum sollen zudem ausländische Studenten an einer englischsprachigen Hochschule in Deutschland studieren, wenn man das in Cambridge, Oxford oder Harvard so viel besser kann? (Es sei denn, man lockt sie mit allerlei anderen Vergünstigungen, um im globalen Wettbewerb um international einsetzbare Fachkräfte wenigstens etwas mithalten zu können.) "Die Sprache eines Volkes", so hat es Ernst Moritz Arndt, einer der ältesten ideologischen Gründerväter der Germanistik, formuliert, "ist der hellste Spiegel ... seines geistigen Lebens." Wenn dies trübe ist, wird sich auch niemand des Spiegels bedienen wollen. Oder umgekehrt: Nur die weit hinausstrahlende und doch selbstgewisse Kultur schafft das Interesse an ihrer Sprache.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Juli 2003: >>**Dümmliches Aufklärungsdenken**

Im Heft 10 der Schriftenreihe der Aktion eben e.V. setzt sich der Pädagoge Rudolf Willeke mit den "Hintergründen der 68er-Kulturrevolution", der Frankfurter Schule und der Kritischen

Theorie, auseinander.

Er erkennt richtig, daß die "Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist", dennoch sei ihr "Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig". Letztlich sei sie "richtunggebend für die sozialdemokratisch-ökologische Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen."

Nach einer Einführung zu den Begriffen Frankfurter Schule und Kritische Theorie widmet sich der Autor "einigen zentralen Thesen" der Kritischen Theorie, "da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der 'Frankfurter', das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen."

Das ist verständlich, aber schade, denn vielleicht hätte er sonst bemerkt, daß radikaler als in Adornos und Horkheimers "Dialektik der Aufklärung" die Aufklärung kaum je kritisiert und die plump-dreiste Selbstrechtfertigung der Moderne vehementer nie angegriffen wurde. Niemand anders als Adorno hat beispielsweise in der "Negativen Dialektik" einen ganz entscheidenden Schritt über die Aufklärung und den traditionellen Marxismus mit seinem dumpfen Materialismus hinaus getan.

Wenn Willeke die großen Vereinfacher Marcuse oder Habermas attackiert, ist das völlig berechtigt. Aber warum verschweigt er die schweren Differenzen zwischen Adorno und Horkheimer auf der einen und Marcuse auf der anderen Seite? Bereits im Mai 1966 warnte Horkheimer vor der "Hölle einer chinesischen Weltherrschaft", und Adorno kritisierte Marcuses "rabiante Haltung", die auch den Gedanken nicht scheue, "alles Dissentierende zu verbieten". Marcuse spreche gegen das Bestehende, "indem er sich ihm unterwirft", schrieb Horkheimer im August 1967, er sei der "Prototyp der radikalen Intellektuellen, die nicht etwa nur die Mißstände im eigenen Land angreifen, sondern gleichzeitig mit dem Osten sympathisieren".

Damit propagierten sie die "schlimmste Art von Barbarei", denn die "Zuchthausysteme des Ostens sind viel schlimmer als die teilweise grobe Verfälschung der demokratischen Ordnung im Westen". Und noch unmißverständlicher: "Radikal sein heißt heute konservativ sein."

Die Frage, wo Kritik an der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie anzusetzen hat und wie die Auswirkungen dieser Gedankenwelt zu bewerten sind, wird letztlich nicht beantwortet. Daß die heute herrschenden Charaktermasken sich ihrer schamlos bedienen, ist ihr kaum vorzuwerfen. Das bürgerlich-identitätslogische Aufklärungsdenken, das sich hier von seiner dümmsten und häßlichsten Seite zeigt, muß - folgt man der Kritischen Theorie - an seinem eigenen totalitären Anspruch scheitern.

Anschrift: Aktion Leben e.V., Postfach 61, 69518 Abtsteinach/Odenwald Internet: www.aktion-leben.de<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 (x887/...): >>>**Vom Wirtschaftswunderland zum Privilegienverwalter**

Deutschland und Japan - zwei Abstiegsländer ohne Kampfeslust

Es war einmal ... Beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vollbrachten Deutschland wie Japan ihre sprichwörtlichen Wirtschaftswunder. Harte und gewissenhafte Arbeitsleistungen, hohe Sparquoten, sozialer Frieden, gründliche Berufsausbildungen machten weltweit wettbewerbsfähige Qualitätsprodukte beider Länder möglich. Nennenswerte Rohstoffe und Energiequellen waren nicht vorhanden. Deshalb nutzten beide ihr hochqualifiziertes Ingenieur- und Facharbeiterpotential vor allem für Exportprodukte eines mittleren Technologieniveaus in der Spezialchemie-, Elektrotechnik-, Pharmaherstellung sowie im Automobil- und Maschinenbau. Die Zusammenarbeit zwischen Staat, Banken und Großindustrie war traditionell vertrauensvoll und eng. Neidvoll sprach das Ausland vom Rheinischen Kapitalismus und

der Japan AG, die Exportoffensiven ermöglichten und weniger wettbewerbsfähige Sektoren abschirmten.

Das soll nun alles vorbei sein? Die einstigen Wachstumslichter der Weltwirtschaft haben sich zu Schlußlichtern gewandelt! Die einst als positiver Wirtschaftsfaktor gewertete Staatsnähe, der Bürokratismus und soziale Konsens, die Subventionswirtschaft und ihre Kartelle, die langsamen Entscheidungswege sind alle zu Faktoren des Abstiegs geworden. Ein struktureller Abstieg wird fühlbar, bei dem Deutschland und Japan in der globalisierten Weltwirtschaft mit ihrem rapide beschleunigten Wettbewerb und Strukturwandel in den Spitzentechnologien und Wirtschaftsdienstleistungen sichtbar die Puste ausgeht. Denn was ist die Globalisierungskritik anderes als das Gejammer der überteuerten Verlierer über die Siege anderer? Bekanntlich ist die Weltwirtschaft keine Behindertenolympiade, sondern huldigt unverdrossen dem darwinistischen Prinzip des Überlebens des Stärkeren und des Schnelleren.

Dazu kommt in beiden Ländern das nicht nur aus den Buddenbrooks bekannte Phänomen der dritten Generation. Auf den Opfermut und das Arbeitsethos der Kriegs- und Aufbaugenerationen folgt nun eine selbstverliebte, genußorientierte Erbgeneration in beiden Ländern, deren Bildungs- und Arbeitsmoral kaum wiederzuerkennen ist. Es ist heute kaum vorstellbar, aber es gab tatsächlich einmal eine Zeit, als in Deutschland die Städte noch sauber und Züge noch pünktlich waren, und als in Japan noch Brücken und Tunnel gebaut wurden, die tatsächlich gebraucht wurden. Doch dann kam der Abstieg.

Japans Spekulationsblase platzte ab 1992 mit einem Fall der Immobilienwerte um 84 Prozent und der Aktienwerte um 60 Prozent. 11.000 Milliarden US-Dollar an Kapitalwerten wurden ausgelöscht. Dies entspricht drei Jahresleistungen der japanischen Volkswirtschaft. Obwohl im darauffolgenden Jahrzehnt in 13 Konjunkturpaketen insgesamt 13.000 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft als staatliche Bauprojekte und zur Sanierung fauler Bankschulden gepumpt wurden, blieb das Wachstum ziemlich konstant bei Null. Japans vormals solide Staatsfinanzen wuchsen zu einem unbezahlbaren Schuldenberg, der mit 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) italienische Ausmaße gewann.

Wenn man noch die verschleierte Staatsschulden, seine ungedeckten Pensionsverbindlichkeiten, die Schulden der Staatsbetriebe und die Kredite der Postsparkasse für öffentliche Investitionen dazuzählt, erreicht man mit 270 Prozent des BIP das Niveau einer konkursreifen Bananenrepublik ohne Bananen.

Seit dem Antritt von Premier Koizumi im Jahre 2001, der sich offen skeptisch über den Nutzen der vielen schuldenfinanzierten Bauprogramme äußerte, wurden sie auf "nur" noch 200 Milliarden US-Dollar jährlich reduziert. Auch die beschlossene Privatisierung der Postsparkasse soll das größte Schattenbudget für öffentliche Bauprojekte mindern.

In Deutschland waren der Abstieg und der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein graduellerer Prozeß. So betrug der Staatsanteil an der Volkswirtschaft anno 1970 zu Beginn der Kanzlerschaft Willy Brandts noch 39 Prozent, wuchs dann dank der von ihm begonnenen kreditfinanzierten Sozialprogramme auf heute über 50 Prozent. Auch der Wiedervereinigungsboom von 1992 bis 1995, mit dem die Bauwirtschaft und der Konsum in Mitteldeutschland angekurbelt wurden, war ausschließlich defizitfinanziert. Öffentliche Aufträge und Steuergeschenke, nicht aber die tatsächliche Nachfrage, trieben die Konjunktur an.

Als die staatlichen Subventionen dann verringert werden mußten, brachen die Konjunktur, die örtliche Bauwirtschaft und betroffene Banken wie die Hypo-Vereinsbank, die Dresdner Bank und die Berliner Bankgesellschaft nahezu zusammen. Allerdings verursachte die Bankenkrise in Japan angesichts der wesentlich größeren Verluste dort zehnmal höhere Sanierungskosten.

Während Deutschland und Japan ihr Geld in die jeweils teuersten Sozial- beziehungsweise Bauprogramme der Weltgeschichte steckten und mit den entstandenen Schulden und Bankenkrisen kämpften, verschärfte sich der internationale Wettbewerb durch den Auftritt Chinas in

der Industrie und Indiens bei den Dienstleistungen.

Die neuen Wettbewerber und die beschleunigte Globalisierung trafen sowohl Japan wie Deutschland unvorbereitet. Beide besitzen zwar in Schlüsselsektoren Exportindustrien der Weltklasse, wurden nun etliche Sektoren getroffen, die bislang durch eine Vielzahl von protektionistischen Verwaltungsvorschriften vor dem internationalen Wettbewerb geschützt worden waren. In Japan zählen dazu die einheimische Transportwirtschaft, die Versorgungsunternehmen, die Bau- und Landwirtschaft sowie Dienstleistungen aller Art.

Ihre überhohen Kosten belasten die Exportindustrie ebenso wie das senioritätsorientierte Lohnsystem, dessen Bürden mit der Alterung der japanischen Arbeitskräfte immer stärker werden. Als Ergebnis siedelt die japanische Industrie ihre arbeitsintensiven Exportfertigungen immer mehr in China an. In Japan - wie auch in Deutschland - selbst bleiben eigentlich nur noch die Firmenzentralen und die Endherstellung.

In Deutschland hat der EU- Binnenmarkt dafür gesorgt, daß jene Dualität weniger stark ausgeprägt ist. Aber auch hier gibt es geschützte Sektoren wie die Sparkassen, die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die Briefzustellung sowie stark reglementierte Bereiche wie den Wohnungsmarkt, die Bauwirtschaft und die "freien" Berufe, deren im internationalen Vergleich hohe Kosten die Wirtschaft belasten. Noch stärker allerdings wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit von hohen Lohnkosten, den Lohnnebenkosten, Steuern, Energie-, Abfall- und Verwaltungskosten belastet.

In den 80er Jahren wich die deutsche Wirtschaft dem stets steigenden Kostendruck durch Verlagerungen in die westeuropäische Peripherie (Spanien, Portugal, Irland) aus, seit den 90er Jahren hauptsächlich nach Fernost und Osteuropa. Mittlerweile haben sich diesem Exodus auch die überlebenden Mittelständler angeschlossen.

Die Industrie Mitteldeutschlands, die vor dem Krieg in Deutschland am modernsten und zu DDR-Zeiten im Comecon führend war, hatte nach der Wiedervereinigung keine Chance. Die von Kanzler Kohl gegen allen wirtschaftlichen Sachverstand durchgesetzte Währungsparität wertete die Ost-Mark über Nacht um 400 Prozent auf. Keine Volkswirtschaft der Welt konnte eine solche Roßkur überleben, und eine schwer angeschlagene wie die der untergehenden DDR erst recht nicht. Dazu wurde dem "Beitrittsgebiet" das teure und überkomplizierte westliche Verwaltungs- und Rechtssystem übergestülpt und ein zwischen West-Gewerkschaften und West-Arbeitgeberverbänden geschlossenes Tarifrecht, das die Ostlöhne trotz einer Produktivität von 30 Prozent auf 90 Prozent des Westniveaus festsetzte.

Das mochte im unproduktiven öffentlichen Dienst angehen, der Industrie aber wurde das Lebenslicht effektiv ausgeblasen. Weder deutsche noch irgendwelche ausländischen Unternehmen siedelten sich nennenswert an. Es entstand eine wettbewerbsunfähige öffentliche Subventionswirtschaft ähnlich dem italienischen Mezzogiorno, in der die aktivsten und am besten ausgebildeten Arbeitskräfte in den Westen oder ins Ausland abwandern.

Als Ergebnis hoher Lohnkosten, wettbewerbsschwacher Sektoren und von Überregulierungen entstand in Deutschland wie in Japan eine strukturelle Arbeitslosigkeit, von der in Japan drei Millionen (4,7 Prozent der Beschäftigten) und in Deutschland fünf Millionen Menschen (10 Prozent) betroffen sind. In beiden Ländern werden die Arbeitslosenzahlen durch Schulungsprogramme, Teilzeit und massenhafte Frühverrentungen nach unten manipuliert. Tatsächlich ist das Problem in beiden Ländern größer.

In Deutschland wird das Problem der Arbeitslosigkeit durch die laxen Immigrationspolitik zusätzlich verschlimmert. Es wurden und werden genau solche Ausländer aus Osteuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika ins Land gelassen, die dank ihrer fehlenden Qualifikation keine Chance auf dem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt haben und bald der Sozialhilfe anheim fallen.

Vom Tellerwäscher zum Millionär kann sich von ihnen ohnehin niemand hocharbeiten, weil

wegen der hohen faktischen Mindestlöhne niemand als Tellerwäscher mehr eingestellt wird. Japan hat das Problem massenhafter unqualifizierter und integrationsunwilliger Immigranten wegen seiner strengen Immigrationspolitik erfolgreich vermieden.

Doch wie sehen die politischen Antworten aus? Während Japan die Bauwirtschaft subventionierte, blähte Deutschland den Sozialstaat und seinen Verwaltungsapparat auf. Beide Reaktionen können die Strukturkrisen der Wirtschaft nicht lösen, ja sie verschlimmern sie nur noch mehr. Gegen eine echte Kurskorrektur wehren sich die Begünstigten bislang erfolgreich. In Japan ist in den meisten entindustrialisierten Regionen die Bauwirtschaft der größte Arbeitgeber geworden. Ihr Wohlergehen ist für die Mehrheit der Abgeordneten der regierenden Liberaldemokraten entscheidend. Daß die meisten der sündteuren Bauprojekte, wie unbenutzte Regionalf Flughäfen, leere Industriegelände oder Tunnel und Autobahnen nach nirgendwo, völlig sinnlos sind, ist dabei nachrangig.

In Deutschland sind mittlerweile 42 Prozent der Erwachsenen Begünstigte des Sozialstaats: als Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Umschüler, Studenten, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher. In Mitteldeutschland ist es schon die Mehrheit. Berücksichtigt man noch den Anteil von zwölf Prozent Staatsdienern, deren Produktivität nicht meßbar ist, sowie Berufsstände wie die Landwirtschaft und den Kohlebergbau, deren Subventionierung ihre Wertschöpfung übertrifft, dann finanziert eine ständig weiter schrumpfende Minderheit von 30 bis 40 Prozent Leistungsträgern den gesamten Sozial- und Subventionstransfer.

Volksparteien, die eine Wählermehrheit ansprechen wollen, haben mittlerweile die unproduktiven Transferempfänger und die einflußreichen Wohlfahrtsverbände als Profiteure des Systems als Hauptklientel. Der letzte Bundestagswahlkampf und das aktuelle Regierungsprogramm der Steuererhöhungen beweisen dies nur allzu deutlich.

Dringend nötige Strukturreformen des Arbeitsmarktes wie das Ende der Flächentarifverträge, eine Reduzierung der Sozialhilfen (die die weniger Qualifizierten wieder dem Arbeitsmarkt zuführen würde), die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Senkung der Lohnnebenkosten finden deshalb nicht statt.

Während die öffentliche Infrastruktur und die Städte verwarlosen, werden die für ihre Sanierung nötigen Mittel dafür ausgegeben, daß Millionen Arbeitsfähige und potentiell Leistungswillige nichts tun.

Der hohe Anteil staatlicher Mittelumverteilungen hat seine Spuren in der politischen Klasse beider Länder hinterlassen. In Japan engagieren sich Parlamentarier der Regierungsparteien regelmäßig, um bei den Ministerien für interessierte Betriebe und Verbände diverse Genehmigungen, Importschutz, öffentliche Aufträge und Schutz vor Verwaltungskontrollen zu erreichen. Sie tun dies gegen Spenden, um ihre teure Wahlkreisorganisation und ihren aufwendigen Wahlkampf zu finanzieren. In Deutschland bedienen sich die Parteien ungenierter direkt aus der Staatskasse. Doch verbreitet sich auch hierzulande die politische Korruption, nicht nur im sprichwörtlichen Klüngel von Köln und Wuppertal, sondern unter Kohls überlanger Regentschaft auch im Bund.

Mittlerweile dominieren in beiden Ländern in der politischen Klasse eher zungenfertige Fernsehdarsteller. Politische Führung und Weitsicht haben Seltenheitswert bekommen. Viel leichter ist es, die strukturellen Probleme, so sie denn überhaupt verstanden werden, in Abrede zu stellen, konjunkturelle Strohfeuer zu bejubeln und sich mit symbolischen Ersatzhandlungen öffentlich zu profilieren.

In der Abwesenheit echter politischer Führung können sich am Status quo profitierende Kreise - in Japan die Bauwirtschaft und in Deutschland die Sozialstaatsbürokratie - weiter durchsetzen. Deshalb ist es ziemlich wahrscheinlich, daß es der Wirtschaft und den öffentlichen Finanzen in beiden Ländern noch viel schlechter gehen muß und gehen wird, bevor sich die Verhältnisse gründlich bessern können.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...):

>>**Ungeliebte Reform**

Neue Rechtschreibung tritt in Kraft

Die mehrfach reformierte Reform der deutschen Rechtschreibung scheint nun vorerst ausreformiert zu sein. Die Kulturministerkonferenz machte sich die jüngsten Änderungsvorschläge des "Rates für deutsche Rechtschreibung" zu eigen und setzte das Werk in Kraft. Teilweise bedeuten sie eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung oder die freie Auswahl zwischen alt und neu.

Kultur-Staatsminister Bernd Neumann gab sich in einer ersten Stellungnahme eher zurückhaltend: Die Reform in der jetzigen, endgültigen Form erzeuge "mehr Erleichterung als Freude". Ausdrücklich wies er auf das Unbehagen in der Bevölkerung an der Rechtschreibreform hin, das nach wie vor nicht beendet sei. Immerhin aber scheine "eine ungeliebte Reform nach endlosen Diskussionen nun doch noch ihren vorläufigen Abschluß zu finden."

Der Axel-Springer-Verlag, der im Sommer 2004 aus Protest gegen das Reform-Hickhack zur alten Rechtschreibung zurückgekehrt war, will die nun beschlossene Reformfassung in den nächsten Monaten in seinen Zeitungen und Zeitschriften umsetzen, spricht aber weiterhin von einem "alles andere als überzeugenden Ergebnis". ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. April 2006: >>**Wahn, Wahn, überall Wahn**

Horst Demmlers Streitschrift gegen die Verirrungen des grünen Zeitgeistes polemisiert kräftig und schüttet dabei das Kind mit dem Bade aus

Wenn es einen Wettbewerb in den Disziplinen Heuchelei, Schamlosigkeit und Selbstgerechtigkeit gäbe, wären die Grünen kaum zu schlagen." Der Schlußfolgerung von Horst Demmler nach über 400 Seiten Streitschrift über die Protagonisten der Partei Die Grünen werden manche Leser sicherlich zustimmen. Besonders manchem Konservativen spricht der emeritierte Professor für Volkswirtschaftslehre (Universität Gießen) ganz sicher aus der Seele, wenn er vielen Anhängern der Grünen eines zu bescheinigen weiß: ihre Unfähigkeit zur Selbstkritik.

Lebhaft zeichnet der Verfasser, Jahrgang 1931, das Bild der moralinsauren, stets sich überlegen fühlenden 68er und ihrer grünen Erben nach. Vor ihren Nazi-Vorwürfen gegen jeden, der nicht die "Gnade der späten Geburt" (Helmut Kohl) erfuhr, waren selbst NS-Kritiker wie Sebastian Haffner, Erich Kästner und Theodor Adorno nicht sicher. Die grüne Empörungsrhetorik von der angeblichen "Skinheadmentalität" eines Laurenz Meyer (CDU), der sich zum Asylrecht kritisch äußerte und manch andere rechthaberische Entgleisungen hält Demmler für "moralische Aggressivität in ihrer widerwärtigsten Form". Der aggressive Moralist sei "guten Gewissens ein zeitgemäßer Inquisitor".

Zahlreiche der gesammelten Zitate mögen nicht allen bekannt sein und wenn doch, dann Erinnerungen an alte "Skandale" hervorrufen. Manche Schilderungen wie die Übernahme der Grünen durch die K-Gruppen oder der Fall Jenninger dürften für viele Leser nichts Neues sein. Zu den interessanteren Seiten gehören Fundstücke wie die "Kleine Anfrage an die Bundestagsfraktion der Grünen" durch das Berlin Manhattan Institut - mit Hinweisen auf die Spender der Grünen aus der Erneuerbare-Energien-Branche. Letzteres disqualifiziert die Grünen allerdings nicht mehr als alle anderen Bundestagsparteien auch. Letztlich betreibt jede ihre Klientelpolitik.

Leider wirft Demmler bei seinem Kampf gegen den "grünen Wahn" die grüne Partei mit allen anderen ökologisch Bewegten in einen Topf: Ökologie, das ist für Demmler anscheinend durchweg Marxismus, Dummheit, ökonomisches Unwissen. Das dürfte manchem konservativen Ökologen vor den Kopf stoßen und muß Widerspruch erzeugen. Ob biologische Landwirtschaft, Wachstumskritik oder Erneuerbare-Energien-Gesetz? Alles schlecht, und zwar nur schlecht! Dagegen sein, weil es Rot-Grüne gut finden?

Freilich legt Demmler kein Pamphlet hin. Seine Ausführungen haben Hand und Fuß. Aber manche Argumente wirken wie an den Haaren herbeigezogen. Der Autor beginnt Ausführungen über Biolandwirtschaft mit esoterischen Zitaten des "Okkultisten" Rudolf Steiner - die freilich nicht jeder seriös finden muß -, und endet ganz selbstverständlich beim Ehec-Skandal. Er scheint es geradezu zu genießen, hierin einen Beleg für eine vermeintliche Gefährlichkeit ökologischer Landwirtschaft vorzufinden.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis der aktuelle und bisweilen hysterische Trend um vegane Ernährung, Tierrechte, Klimawandel, EEG und ähnliche Themen heftige Gegenreaktionen hervorruft. Aber die Eiferer des einen Lagers sind nicht besser als die Eiferer des anderen. Einen Gewinn daraus hat nur, wer sich beide Seiten anhört. Nur wer dazu nicht Willens und fähig ist, oder wer von "grünen" Themen mittlerweile ebenso abgestumpft ist wie Demmler, findet in dem Buch gewinnbringende Tatsachen und Ansichten.

Horst Demmler: Wider den grünen Wahn. Eine Streitschrift. Edition Oetopus, Münster 2015, gebunden, 410 Seiten ...<<

Der deutsche Journalist Helmut Matthies schrieb am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Gewinner der Einheit

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".

Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?

Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages. ...

Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. ...

Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2006 (x887/...):

>>Was man in Deutschland (nicht mehr) sagen darf

Die Betroffenheit der Gutmenschen überlagert die Meinungsfreiheit

Schweigespирale - mit diesem Begriff hat Elisabeth Noelle-Neumann, die Altmeisterin der seriösen Meinungsforschung, schon Ende der 70er Jahre die Mechanismen der Meinungsmannipulation beschrieben. Wie sie wirken, können wir in diesen Tagen wieder einmal hautnah erleben. Noch weiß niemand, ob wir es an jenem frühen Ostersonntagmorgen in Potsdam mit einem Akt rassistischer Fremdenfeindlichkeit oder doch nur mit einer wilden Prügelei zwischen hochgradig Betrunknenen zu tun hatten. Doch allein schon diesen Gedanken, diese Warnung vor voreiligen Schlüssen und Vorverurteilungen, sollte man besser verschweigen. So etwas ist politisch unerwünscht, stört den "Kampf gegen rechts", paßt nicht in die unverzüglich inszenierten Betroffenheitsrituale. "Wir als Deutsche" haben die ewige Pflicht, nicht be-

sonnen und normal zu sein, sondern schuldbewußt und stets bedacht, "den Anfängen zu wehren".

Was sollen diese gebetsmühlenartig wiederholten Verlautbarungen, wir seien "empört", "betroffen", "erschüttert". Kein normal denkender und empfindender Mensch ist etwas anderes als empört und erschüttert, wenn ein Mensch von einem anderen Menschen krankenhaushausreif oder gar lebensbedrohlich zusammengeschlagen wird. Das Leid des Opfers wird nicht je nach Motivation des Täters größer oder kleiner; auch unser Mit-Leid darf nicht davon abhängen. Lichterketten für die - tatsächlichen oder vermeintlichen - Opfer "rechter" Gewalt, aber Teilnahmslosigkeit bis zur "klammheimlichen Schadenfreude" bei anderen - das ist unmenschlich. Im aktuellen Falle haben zwei prominente Politiker es gewagt, sich der Schweigespirale entgegenzustellen: die Innenminister

Wolfgang Schäuble (Bund) und Jörg Schönbohm (Brandenburg). Schäuble, selbst Opfer einer Gewalttat, erinnerte daran, daß in diesem Lande auch Menschen ohne "Migrationshintergrund" und ohne auffällige äußere Merkmale (wozu auch die Hautfarbe zählt) Verbrechen zum Opfer fallen. Seine Wortwahl war vielleicht nicht ganz geschickt - aber wäre das, was er sagen wollte, sonst überhaupt wahrgenommen worden?

Schönbohm fiel gleich zweimal "unangenehm" auf. Erst legte er sich mit dem Generalbundesanwalt an, dem er zu Recht vorwarf, das Potsdamer Verfahren voreilig und unnötig an sich gerissen zu haben - nach dem Motto "Ich lasse mir doch durch Fakten nicht mein antifaschistisches Feindbild zerstören". Dann verstieß er in einer Rede im ehemaligen KZ Sachsenhausen erneut gegen die Regeln der Schweigespirale, indem er "ausdrücklich" auch der Opfer kommunistischer Gewalt an dieser von zwei Diktaturen genutzten Stätte des Grauens gedachte. Diese "ideologisch geprägte Gleichsetzung" sei eine "Unverschämtheit", ereiferten sich einige Überlebende der ersten, der nationalsozialistischen Gewalt.

Wie sagt man doch: Alle Opfer sind gleich! Einige, so scheint es, sind wohl doch etwas gleicher.

Tatort Potsdam: Mit Blumen, Lichtern und Transparenten bringen Bürger der brandenburgischen Hauptstadt Betroffenheit und Empörung zum Ausdruck. Mitleid mit den Opfern von Gewalt - jeder Form von Gewalt! - ist für jeden normalen Menschen selbstverständlich. Wo aber Trauer ideologisch motiviert, manipuliert und instrumentalisiert wird, erstarrt sie zum bloßen Ritual. Und wo jede Mahnung zur Besonnenheit und jede Warnung vor Vorurteilen und Vorverurteilungen gleich als Verharmlosung und Relativierung verteufelt werden, droht dem Gemeinwesen Gefahr - von ganz anderer Seite, als wildgewordene Antifaschisten uns glauben machen wollen.<<